

[04.12.2009]

Minister Oliver Paasch (ProDG)

»Das PPP zu verschieben, wäre ein fataler Fehler«

Unterrichtsminister Oliver Paasch (ProDG) erklärte, die nicht zu vermeidenden Sparmaßnahmen seien im Unterrichtswesen auf ein Minimum reduziert worden. »Die größte Anstrengung besteht in der Verschiebung bestimmter Gehalts- und Urlaubsgeldmaßnahmen um drei Jahre.«

Die Sparmaßnahmen würden aber nicht die (mit einem finanziellen Mehraufwand verbundene) Aufwertung des Lehrerberufs ausbremsen, so Paasch. »Es ist uns gelungen, dafür zu sorgen, dass der Unterrichtshaushalt der DG von dieser Krise weitgehend verschont wird. Und wenn ich mir anschau, was sich im Rest der Welt derzeit so tut, bin ich auf dieses Resultat stolz.«

Die Steigerungsraten, die das Unterrichtswesen in den letzten Jahren gekannt habe, könne die Regierung aber wegen der Wirtschaftslage so nicht fortsetzen können. Das bildungspolitische Gesamtkonzept gerate aber nicht in Gefahr. Oliver Paasch konnte nicht der Argumentation von Karl-Heinz Braun (Ecolo) folgen, der sich am Dienstag »entsetzt« darüber geäußert hatte, wie die DG die Hausaufgabenschule Ephata unterstütze. »Wir haben über das Zentrum für Förderpädagogik eine Psychologin eingestellt, um die Hausaufgabenschule zu unterstützen«, so Paasch, und aus einem Gespräch mit den Verantwortlichen habe er erfahren, dass Ephata mit dieser Lösung zufrieden sei.

Auch im Bereich Beschäftigung falle der Sparkurs milde aus, befand Paasch. Es werde lediglich beim Arbeitsamt eine Kürzung um 80000 Euro vorgenommen. Ungeachtet dessen sei man bemüht, die Vermittlungsquote von Arbeitslosen weiter zu verbessern.

Abschließend verteidigte der Unterrichtsminister einmal mehr die Notwendigkeit des PPP-Schulbauprojekts. »Dieses Programm zu verschieben, wäre ein fataler Fehler, weil von diesen Projekten mehrere tausend Schüler betroffen sind.« Er sei nach wie vor für das PPP-Modell, nicht zuletzt wegen der Kosten- und Terminalsicherheit.(boc)

Hier und Heute

[04.12.2009]

Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz verteidigte im PDG die Haushaltspläne der Regierung

Gospert 42: »Es gibt in diesen Dingen nichts ommesöß«

Von Boris Cremer

»Am Dienstag war er nicht da, heute steht er im Stau«, echauffierte sich ein Parlamentsmitglied. Mit »er« war Karl-Heinz Lambertz (SP) gemeint. Weil der Ministerpräsident zweieinhalb Stunden nach Sitzungsbeginn noch immer nicht anwesend war, musste PDG-Präsident Louis Siquet (SP) die Debatte für einige Minuten unterbrechen.



Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz stand im Stau, die Sitzung musste deshalb unterbrochen werden.

 Größeres Bild

Am Dienstag hatte Lambertz die Haushaltsdebatte »geschwänzt«, um zur gleichen Zeit in Berlin an einer Talksendung des deutschen TV-Kanals Phoenix (»Phoenix Runde«) teilzunehmen.

Gestern waren alle Augen auf ihn gerichtet, schließlich wurde bei den Antworten der Regierung vor allem die Ausführungen des Ministerpräsidenten mit Spannung erwartet. Doch Lambertz traf erst um 19:35 Uhr im Sitzungssaal ein. »Ich habe es nicht mehr zeitig geschafft«, entschuldigte sich Lambertz, »obwohl sich die Kollegen bemüht haben, die Zeit auszufüllen«.

Zum Sanatorium äußerte sich Lambertz, und dies nur beiläufig, erst anderthalb Stunden später, zum Ende seiner Rede: »Es soll da, wenn ich das richtig verstanden habe, eine abgespeckte Formel geben, ohne dieses Kongresszentrum, aber das macht das Parlament, nicht die Regierung.«

PDS-Umzug

Oliver Paasch (ProDG) hatte zuvor zum Sanatorium gesagt: »Als Unterrichtsminister interessiere ich mich sehr für dieses Projekt, weil dieser Umzug für die größte Schule Ostbelgiens die einzige Chance auf vernünftige Arbeitsverhältnisse ist.« Für ihn sei entscheidend, dass alle Bemühungen, für die Pater-Damian-Schule andere Möglichkeiten für eine Erweiterung zu finden, gescheitert seien. Die PDS sei auf den Umzug des Parlaments angewiesen, was die Verantwortlichen der Schule und des freien katholischen Unterrichtswesens klargemacht hätten. Das ins Auge gefasste Infrastrukturkarussell Kaperberg-Sanatorium sei »für alle Beteiligten die beste Lösung«, zitierte

Paasch aus einem Schreiben der Schule und seines Trägers. Die PDS beziffere die Kosten eines eventuellen, wenn auch nicht erwünschten, Umzugs auf 45 Millionen Euro.

Auch wenn er dies als Mitglied der Regierung nicht mitzuentcheiden habe, sagte Paasch, dass an den Sanatorium-Plänen Abstriche vorgenommen werden müssten. »Man muss sich auf das wirklich Notwendigste beschränken, auf das, was gebraucht wird, um den Umzug des Parlaments ins Sanatorium zu ermöglichen.« Es stimme nicht, so Paasch, dass »nicht ein Bürger aus der DG einen Nutzen aus diesen Projekten zieht«, wie die CSP kritisiert habe. Als Beleg führte Paasch die 1200 Schüler der Pater-Damian-Schule an.

Kein Prunk

Er habe zum diesjährigen Haushalt »keine wirkliche Alternative gehört«, erklärte später am Abend Ministerpräsident Lambertz. Jeder, der behaupte, der Etatentwurf 2010 bewege sich auf dünnem Eis, »hat Recht, und er weiß wahrscheinlich gar nicht, wie Recht er hat«. Man sei aber stolz auf das, was wir augenblicklich vorlegen können.« Damit meinte Lambertz vor allem die (anvisierte) Begrenzung der »krisenbedingten Neuverschuldung« auf 66 Millionen Euro. Bei der Opposition habe er eine »sadistische Freude« ausgemacht, erklärte der Ministerpräsident. Man hoffe wohl, »dass das schief geht«.

»Die Regierung funktioniert sehr kostengünstig«, man habe beim Personal nur eine Ganztagsstelle ins Ministerium »verschoben«. Bei den Funktionskosten habe die Regierung zehn Prozent eingespart.

In Sachen Regierungsgebäude Gospert 42 in Eupen warf Lambertz der CSP Demagogie vor. Wer von einem Prunkbau spreche, solle das Büro des Ministerpräsidenten in Gospert 42 mit den Büros der Direktoren des Arbeitsamtes und des Eupener Krankenhauses vergleichen, sagte der Regierungschef: Die Renovierung von Gospert 42 sei zwar aus bautechnischen Gründen sehr kostenintensiv, aber letztlich eine gelungene Investition, ein Aktivposten. Lambertz: »Es gibt in diesen Dingen nichts ommesöß.« Im Übrigen sei dieses Bauvorhaben die Voraussetzung dafür gewesen, dass die Euregio Maas-Rhein ihren Sitz von Maastricht nach Eupen verlegt habe.

In unserer morgigen Ausgabe berichten wir ausführlich über die im Anschluss an die Antworten der Regierung geäußerten Repliken der einzelnen Fraktionen.

Hier und Heute

[04.12.2009]

Minister Harald Mollers (ProDG)

»Bin von Haushaltsdebatte desillusioniert«

Harald Mollers (ProDG), Minister für Gesundheit und Soziales, hat die von der Opposition geäußerte Kritik als »teilweise verzerrend, verallgemeinernd oder gar verletzend« empfunden. Für den Polit-Neuling aus Steffeshausen war es die erste Haushaltsdebatte, und seine Bilanz fällt negativ aus. Die Polemik um das Sanatorium habe die eigentliche Budgetdiskussion in den Schatten gestellt. »Ich bin von dieser Haushaltsdebatte enttäuscht, ich möchte sagen: desillusioniert.«

Mollers erklärte aber, einige konstruktive Anregungen gehört zu haben. Dazu zählte er das Plädoyer von Christian Krings (CSP) für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Krankenhäusern von Eupen und St.Vith. »Wir sind aber noch weit von einer wirklichen Kooperation beider Häuser entfernt«, stellte Mollers jedoch nüchtern fest.

Der Sozialminister störte sich an der Kritik der CSP-Opposition, die der Regierung vorgeworfen hatte, ihren Sparkurs - zwei Prozent bei den laufenden Ausgaben - »wie ein Rasenmäher« umzusetzen. »Der Rasenmäher muss am Sozial- und Gesundheitswesen vorbeigerauscht sein oder zumindest ein stumpfes Messer gehabt haben«, konterte Mollers in seiner Antwort.

Nachdem Krings am Dienstag bedauert hatte, dass auch die Dotation für die Sozialhilfezentren um zwei Prozent gekürzt würde, erklärte der Sozialminister, es dürfe nicht vergessen werden, »dass gerade die Sozialhilfedotation erst von 2008 auf 2009 um sage und schreibe 100 Prozent aufgestockt wurde.« Demnach liege man im kommenden Jahr noch immer »ganz beträchtlich« über den Beträgen von 2008. Für die nahe Zukunft kündigte Mollers u.a. die Erarbeitung eines Konzepts zur Familienpolitik, einer Analyse der Problematik der »Multiproblemfamilien« und eines Konzepts zur Prävention im weitesten Sinne an.(boc)

Hier und Heute

[04.12.2009]

Ministerin Isabelle Weykmans (PFF)

»Regierung investiert weiter in den BRF«

Isabelle Weykmans (PFF), Ministerin für Jugend, Volks- und Erwachsenenbildung, Kultur, Tourismus und Sport, brachte gleich zu Beginn ihrer Antwort eine Korrektur an: Nicht 609000 Euro, wie am Montag von Luc Frank (CSP) behauptet, sondern 238000 Euro bzw. zwei Prozent seien



Isabelle Weykmans feierte gestern ihren 30. Geburtstag.

in ihrem Zuständigkeitsbereich gespart worden. Und man sei »differenziert« vorgegangen.

Auch bei ihren Ausführungen zum Belgischen Rundfunk (BRF) verteidigte Weykmans den Sparkurs der Mehrheit. »Im Jahr 2009 wurde die Dotation des BRF nicht gekürzt, auch nicht bei der Haushaltsanpassung.« Die Regierung investiere zudem weiter in die Zukunft des BRF, erklärte Weykmans mit Verweis auf die 600000 Euro, die im Haushalt 2010 als Kapitaldotation an den BRF vorgesehen sind.

Zum Thema Triangel St.Vith sagte die Kulturministerin: »Die Anforderungen an das Kulturzentrum sind hoch.« Und dies gehe aus dem Geschäftsführungsvertrag mit der Autonomen Gemeinderegion St.Vith hervor.

Dem Tourismus maß Weykmans bei der Umsetzung des Regionalen Entwicklungskonzepts große Bedeutung bei. »Das Ravel-Netz ist finanziert, und das ist unser prioritäres Projekt. Daran arbeiten wir, kann man sagen, Tag und Nacht.«(boc)